



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

Europas falscher Weg

Cheneval, Francis

Abstract: Die Mitgliedsländer der europäischen Währungsunion bilden heute die Vereinigten Schuldner von Europa; sie sind ineinander verhängt auf Gedeih und Verderben. Und der Euro erweist sich als eine listige Konstruktion der Gründer, um zu einem Zentralismus zu kommen, der sich als undemokratisch erweist. Soll sich Europa von der fatalen Entwicklung befreien, muss den Bürgerinnen und Bürgern eine reale Beteiligung demokratischer Art geboten werden, schreibt Francis Cheneval

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-53645>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Cheneval, Francis. Europas falscher Weg. In: NZZ am Sonntag, 18 December 2011, 24-25.

Essay

Europas falscher Weg

Die Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion bilden heute die vereinigten Schuldner von Europa; sie sind ineinander verhängt auf Gedeih und Verderb. Und der Euro ist eine listige Konstruktion der Gründer, um zu einem Zentralismus zu kommen – der sich als undemokratisch erweist. Soll sich Europa von der fatalen Entwicklung befreien, muss den Bürgerinnen und Bürgern eine reale Beteiligung demokratischer Art geboten werden, schreibt Francis Cheneval

Das Belgien Einheitskräften zum Trotz andauert, ist keine Überraschung. Die Staatsschuld des Landes liesse sich nur zu einem für Flandern unakzeptablen Preis auseinanderräumen. Die Mitglieder der Euro-Zone befinden sich in einer ähnlichen Situation. Die Staatsschulden können zwar einzeln aufgelistet werden. Das unterliegende Strick- und Flickwerk von Garantien und Abhängigkeiten lässt sich aber nicht entflechten, es lässt sich in seiner Unübersichtlichkeit nicht einmal analytisch nachvollziehen. Deshalb nenne man das Kind beim Namen: Die Mitglieder der Europäischen Währungsunion bilden die vereinigten Schuldner von Europa.

Der Schuldendruck erzeugt Zentralisierungsdruck. Und zwar deshalb, weil ein Auseinanderbrechen des Euro unabsehbare Konsequenzen für Deutschland hätte, von den anderen Ländern, die mitgegangen sind oder mitgefangen wurden, ganz zu schweigen. Die Frage ist nicht, ob, sondern in welcher Form die verstärkte politische Integration vorstättgehen wird. In immer neuen, immer gefährlicheren Pirouetten gaukeln die Staatschefs der Öffentlichkeit das Fortbestehen der alten Ordnung vor. Die unterliegende Wirklichkeit ist eine ganz andere. Der Währungsunion ist eine Logik der politischen Zentralisierung eigen. Das Pochen auf Budgetausgleich und Stabilitätsmechanismen steht dem nicht entgegen. Diese Massnahmen sind als Begleitung einer stärkeren Vergemeinschaftung der Finanz- und Budgetpolitik höchst sinnvoll, vermögen aber das Problem der Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten der Euro-Zone nicht zu beheben.

Francis Cheneval



Francis Cheneval ist der neue Inhaber des Lehrstuhls für Politische Philosophie an der Universität Zürich. Er studierte Philosophie und Politikwissenschaft an den Universitäten Freiburg (Schweiz) und Georgetown (USA). Nach dem Doktorat in Freiburg und der Habilitation an der Universität Zürich führten ihn Forschungsaufenthalte, Lehraufträge und Gastprofessuren an schweizerische und internationale Universitäten. 2006-2008 war er zudem Berater beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. 2011 erschien von ihm das Buch: «The Government of the Peoples. On the Idea and Principles of Multi-lateral Democracy» (New York 2011).

Gleichzeitig tritt eine zweite Realität zutage. Der Zentralisierungsdruck gilt in seiner akut zwanghaften Form für Mitgliedstaaten der Euro-Zone; die anderen EU-Länder haben mehr Optionen. Die Schuldenkrise führt so zu einer tektonischen Verschiebung in der EU, die eine alte Bruchlinie stärker hervortreten lässt. Wie das Beispiel von Grossbritannien zeigt, lässt der Zentralisierungsdruck der Währungsunion die Länder im äusseren Kreis der EU-Staaten wegdriften.

Die Schuldenkrise beendet das Regime, in welchem eine grundsätzliche Mehrdeutigkeit über den Zweck der europäischen Integration herrschte. Das Zusammenleben von Ländern mit einem primär marktliberalen Ziel für die europäische Zukunft und solchen mit einer staatsbildenden Zielsetzung wird immer schwieriger. Das überrascht nicht: Krisen sind Zeitpunkte notwendiger Entscheidung, sind Endspiele. Das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, das die EU bisher in ihrem Innern zu integrieren vermochte, wird sich in Zukunft institutionell wohl in zwei unterschiedlichen Organisationen manifestieren müssen.

Der Euro gilt als Fehlkonstruktion. Weit gefehlt. Der Euro ist eine politische List epochalen Ausmasses. Die Währungsunion bildet als Schuldengemeinschaft jene Art dick gestrickter Interessenverbindung, ohne die es keine politischen Gemeinschaften gibt. Mehr noch, der Euro bringt einen bunten Haufen von zögerlichen, sich ewig beratenschlagenden, in ihre unterschiedlichen verliebten Europäern nach Jahren des Lavierens auf die Zielgerade einer politischen Vergemeinschaftung. Er erzeugt bei der Wahl künftiger Wege eine Abhängigkeit, die direkt und alternativlos zu einer engeren politischen Gemeinschaftsform der EU führt. Die Furcht

vor einer Wirtschaftskatastrophe seltenen Ausmasses aufgrund eines Zusammenbruchs der Euro-Zone, die Angst vor unermesslichen Ausstiegskosten ist so gross, dass alle Nachteile als geringere Übel erscheinen.

Stark verfestigte Kräfte identitätspolitischer Abgrenzung werden nur in solchen grundlegenden Versorgungskrisen überwunden. Der Euro erweist sich als das letzte Kapitel einer europäischen Integration durch zunehmend stärkere und stets vermehrt ineinandergreifende Sachzwänge. Er ist Krönung der Politik der Verzahnung.

Dabei erinnert der Euro an ein Wort des bedeutenden römischen Dichters Horaz: «Das Schicksal lenkt die Willigen und zerrt die Unwilligen.» Wer für die politische Einigung Europas einsteht, und das taten die Gründer des Euro – der Franzose Mitterrand und der Deutsche Kohl –, wird im Euro mitnichten eine Fehlkonstruktion sehen. Wer von den schicksalhaften Konsequenzen der Einführung des Euro überrumpelt wurde, muss dessen Machern ein hohes Mass an politischer Ingenieurskunst zugestehen. Dass die Empörung der Mitgefangenen hier nur die eigene Naivität überspielt, liegt auf der Hand.

Der Euro hat zwar unabdingbare Folgen, seine Einführung jedoch keine Notwendigkeit. Er wurde den Mitgliedstaaten auch nicht von einer Brüsseler Zentralbehörde aufgezwungen. Jedes Land trägt selbst die Verantwortung für die Einführung des Euro. Schweden hat dessen Einführung in einer Volksabstimmung abgelehnt. Das hätten gemäss EU-Recht alle anderen auch tun können. Der Euro ist also nur für diejenigen ein

«Schicksal», die zu seiner Einführung nicht haben Stellung nehmen können. Das sind nicht die Mitglieder als Staaten, wohl aber ist es der grösste Teil ihrer Bürgerinnen und Bürger. Und hier liegt das Problem: Man hat eine Souveränitätsakt darstellt – deren Folgen aber sehr wohl allgemeinen staatspolitischen Charakter haben –, mit einem Verfahren eingeführt, das nur für internationale Vertragsbeziehungen angebracht ist. Die Einführung des Euro war aber kein Geschäft die-

ser Art internationaler Vereinbarungen. Aufgrund der strukturellen Dynamik, die mit einer gemeinsamen Währung notwendigerweise verbunden ist, war es ein staatsbildender Akt ohne Retourbillett.

Die mangelnde direkte Bürgerbeteiligung anzuprangern, ist mehr als ein Moralismus idealistischer Staatsphilosophie. Bürgerbeteiligung ist Anerkennung jedes Einzelnen als verantwortliches Mitglied. Versagte Anerkennung der Mitgliedsgemeinschaften in Verbindung mit einer als ungerech-

Krise in der britischen Koalition

Die Liberalen werden in der Europapolitik aufgerieben

«Ich möchte nicht der letzte Vorsitzende der Liberaldemokraten sein», gestand der stellvertretende britische Premierminister letzte Woche seiner Parlamentsfraktion. Nick Clegg hat Angst vor einer Kernschmelze für seine Partei im Falle vorgezogener Neuwahlen.

Die Liberalen waren bisher noch die einzigen Freunde der europäischen Integration unter den grossen britischen Parteien. Der bald 45-jährige Clegg kann geradezu als Inkarnation des europäischen Gedankens gelten: Unter seinen Vorfahren finden sich – neben Engländern – Russen, Deutsche, Ukrainer und Niederländer, seine Gattin ist Spanierin. Im Widerspruch zu englischen Gewohnheiten spricht Clegg fünf europäische Sprachen. Er arbeitete für die EU-Kommission und diente als Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Doch als sein Chef, David Cameron, gegen einen neuen EU-Vertrag votierte, nannte Clegg das erstaunlicher-

weise «vernünftig»; erst als die EU-freundliche Basis der Liberalen und ältere Politiker aufbegehren, vollführte er eine Kehrtwende und erklärte sich «bitter enttäuscht». Die Absichtsposition seiner Regierung sei «schlecht für Grossbritannien». Um seinen neu gefundenen Ärger unter Beweis zu stellen, blieb er am letzten Montag der Unterhausdebatte über den verunglückten EU-Gipfel fern. Die konservative Boulevardzeitung «Daily Mail» nannte Clegg daraufhin «zänkisch und schmollend».

Neue Meinungsumfragen spiegeln die desolante Lage der Liberalen, während Camerons Konservative erstmals seit langem wieder den Spitzenplatz besetzen. Nach nur anderthalb Jahren an der Macht ist Cleggs Partei in mehreren Kernbereichen eingeknickt: Vor der letzten Wahl versprachen Clegg und seine Mitstreiter hoch und heilig, die Studiengebühren nicht anzutasten, was junge Wählerstimmen brachte. Kaum waren die Liberalen mit den

Die Einführung einer gemeinsamen Währung, des Euro, war ein staatsbildender Akt – ohne Retourbillett.

Tories im Bett, akzeptierten sie eine Verdreifachung dieser Gebühren.

Neben der Begeisterung für Europa trug der Wunsch der Liberalen nach einer tiefgreifenden Reform des Wahlrechts seit je zu ihrer Unverwechselbarkeit bei. Der Major sollte durch den Proporz ersetzt werden. Doch Clegg liess sich mit einer verwässerten Alternative abspesen, die er selbst einst verspottet hatte. Im letzten Mai lehnten die Briten diese ausgereifene Reform wuchtig ab. Das Thema Wahlreform ist damit wohl für eine Generation vom Tisch.

Gewiss, der kleine Koalitionspartner hält sich zugute, die reaktionären Instinkte der Tories im Regierungsallday zu zügeln. Aber die Themen Europa, Proporz und Universitätszugang gehören zu den Herzensanliegen der liberalen Basis, sie umreissen geradezu die liberale Identität. Überall hat Clegg einen verblüffenden Mangel an Finger-spitzengefühl erkennen lassen. Seine Fehlreaktion auf Camerons Veto legt

den Verdacht nahe, dass der charmante Sozialanthropologe über gar keine parteipolitischen Instinkte verfügt. Es ist Cleggs Pech, dass sein Koalitionspartner Cameron exakt umgekehrt gepolt ist: Er sieht Politik als kurzfristiges Spiel um parteipolitische Vorteile; er kommt nicht von ungefähr aus der Welt des Marketings. Deshalb ergriff er die Chance eines Affronts für seine EU-Partner so beherzt, die ihm höhere Popularitätswerte bescheren sollte.

Als anlässlich der wöchentlichen Fragestunde im Unterhaus Oppositionsführer Ed Miliband hämisch auf den Zwiist in der Koalition anspielte, zeigte sich Cameron gewohnt wendig und schlagfertig: Es sei nie ein Geheimnis gewesen, dass die beiden Parteien unterschiedliche Ansichten zu Europa verträten; aber immerhin seien Clegg und er nicht Brüder. Der Labour-Vorsitzende war tödlich getroffen, denn er hatte sein Amt bekanntlich auf Kosten seines Bruders David erungen. Martin Alioth



Der stellvertretende Premier Nick Clegg.

den Verdacht nahe, dass der charmante Sozialanthropologe über gar keine parteipolitischen Instinkte verfügt. Es ist Cleggs Pech, dass sein Koalitionspartner Cameron exakt umgekehrt gepolt ist: Er sieht Politik als kurzfristiges Spiel um parteipolitische Vorteile; er kommt nicht von ungefähr aus der Welt des Marketings. Deshalb ergriff er die Chance eines Affronts für seine EU-Partner so beherzt, die ihm höhere Popularitätswerte bescheren sollte.

Als anlässlich der wöchentlichen Fragestunde im Unterhaus Oppositionsführer Ed Miliband hämisch auf den Zwiist in der Koalition anspielte, zeigte sich Cameron gewohnt wendig und schlagfertig: Es sei nie ein Geheimnis gewesen, dass die beiden Parteien unterschiedliche Ansichten zu Europa verträten; aber immerhin seien Clegg und er nicht Brüder. Der Labour-Vorsitzende war tödlich getroffen, denn er hatte sein Amt bekanntlich auf Kosten seines Bruders David erungen. Martin Alioth

den Verdacht nahe, dass der charmante Sozialanthropologe über gar keine parteipolitischen Instinkte verfügt. Es ist Cleggs Pech, dass sein Koalitionspartner Cameron exakt umgekehrt gepolt ist: Er sieht Politik als kurzfristiges Spiel um parteipolitische Vorteile; er kommt nicht von ungefähr aus der Welt des Marketings. Deshalb ergriff er die Chance eines Affronts für seine EU-Partner so beherzt, die ihm höhere Popularitätswerte bescheren sollte.

Als anlässlich der wöchentlichen Fragestunde im Unterhaus Oppositionsführer Ed Miliband hämisch auf den Zwiist in der Koalition anspielte, zeigte sich Cameron gewohnt wendig und schlagfertig: Es sei nie ein Geheimnis gewesen, dass die beiden Parteien unterschiedliche Ansichten zu Europa verträten; aber immerhin seien Clegg und er nicht Brüder. Der Labour-Vorsitzende war tödlich getroffen, denn er hatte sein Amt bekanntlich auf Kosten seines Bruders David erungen. Martin Alioth

doppelter Repräsentation sowie der direktdemokratischen Zentralismus mit Staaten- und Volksmehr für gemeinsame Belange sind um einiges besser. Auch gilt es, die Kompetenzen des Zentrums auf ein Minimum zu beschränken und die Mitgliedsvölker als konstituierende Macht anzuerkennen.

Der Vorschlag von Präsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel zur Änderung der europäischen Verträge gehört in die Kategorie des schlechten Zentralismus: Die Wirtschaftsregierung Europas soll in die Hände des Rats, also der Regierungschefs der Mitgliedstaaten, gelegt werden. Soll Europa aber nachhaltig aus der Krise finden, muss die zweite, demokratieverträgliche Form der Zentralisierung in irgendeiner Spielart eingeführt werden, und zwar nur unter Einbezug von Ländern, deren Bürgerinnen und Bürger dazu ihre Zustimmung gegeben haben. Bedrückend ist, dass es weit und breit keine europäischen Führungspersönlichkeiten gibt, die das Schiff in diese Richtung zu lenken beginnen. Die EU hat unter anderem ein gravierendes Leadership-Problem.

Ein Epilog: Überschuldung ist ein strukturelles Problem des Staatskapitalismus, nicht eine spezielle Eigenschaft der Mitgliedstaaten der Euro-Zone. Pikanterweise hat die EU selbst keine Schulden. Eine bundesstaatliche Organisation der EU als Königsweg gegen Schuldenwirtschaft zu betrachten, ist verfehlt. Die bundesstaatliche Organisation hat die USA nicht vor hohen Schulden bewahrt. Die Vergemeinschaftung der Schulden ist deshalb nur ein Zeitgewinn, wenn auch ein höchst willkommener. Sie wird zum Bumerang, wenn die vergemeinschaftete Schuldenwirtschaft nicht von Anfang an mit Hilfe einer demokratisch austarierten Bremse auf ein tragbares Mass eingeschränkt wird.

